

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gebolt
vierteljährlich 2.40 M. Durch den Briefträger oder Boten
2.82 M.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklame-
zeile 1.00 M. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 174.

Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 29. Juli 1919.

Jahrgang 1.

Ruhe und Ordnung. „Die Erhaltung der inneren Ruhe ist notwendig der erste Zweck der Regierung und muß der Beförderung ihrer Macht nach außen stets vorangehen, indem die letztere durch die erstere bedingt ist.“ Fichte.

Batikanische Staatskunst.

I. Hohenzollern oder Habsburg?

„Kaisertum wird neu entstehen“, so schloß der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Erzengel Hertz, seine Ansprache auf dem Parteitag. Auf diesen Ton war die ganze Tagung gestimmt. Manche dachten dabei an die Rückkehr Wilhelms II., viele, wohl die meisten, an die Wiederaufrichtung der Hohenzollern-Dynastie. Alle, wie es scheint, verlangten die Wiederherstellung der Monarchie.

Während diese Strömung auf dem rechten Flügel unseres Volkes wächst, bereiten sich in der Mitte ganz andere Dinge vor. Auch da vernimmt man immer stärker die Losung: Zurück zur Monarchie! Aber man denkt nicht an die Hohenzollern. Die Anhänglichkeit der katholischen Kreise an das Herrscherhaus ist nie die gleiche gewesen wie die der evangelischen. Naturgemäß bildeten schon die verschiedenen Konfessionen einen Spalt, der Kulturkampf hat ihn zur Klüft verbreitert. Im Rheinland fühlte man sich nie „preussisch“. In Hannover waren die katholischen Teile, neben den eigentlich welfischen, die Träger der antipreußischen Bewegung. Der Weltkrieg hat das Haus Hohenzollern beseitigt, die Revolution hat den Bestand Preußens in Frage gestellt. Der Friedensschluß hat den Osten der ehemaligen preußischen Monarchie durch die Abtretung von Posen und Westpreußen an Polen zerrissen. Jetzt geht die Bewegung auf die Zerstörung Preußens weiter. Die Bildung der rheinischen Republik in irgend einer Form scheint gesichert. Ob als linksrheinische oder auch als rechtsrheinische, mag noch zweifelhaft sein. Die hannoverschen Selbständigkeitswünsche gewinnen ständig an Bedeutung. Der Ruf „los von Berlin“ hat auch in Westfalen ein starkes Echo. Kurz, man wird damit rechnen müssen, daß die Tage des alten Preußens gezählt sind. In der Erkenntnis dieser Zusammenhänge hat die Deutschnationale Volkspartei den Vorschlag gemacht, nicht nur Preußen, sondern sämtliche Bundesstaaten zu opfern und aus dem Reiche einen Einheitsstaat zu machen — wie sie hofft, mit monarchischer Spitze.

Hier steht nun der zweite Akt des kommenden Dramas ein, der gegen Kaiser Wilhelm II. Nicht Hinrichtung, Verbannung oder Enterkerung ist das Ziel, das man dabei verfolgt. Man will vielleicht sogar vermeiden, die Auslieferung zu erzwingen, um keinen Wärter zu schaffen. Aber auf den Prozeß wird man schwerlich verzichten. Man will Kaiser Wilhelm II. und sein ganzes Haus für alle Zeit von dem Thron Deutschlands ausschließen und diese Ausschließung durch die ganze Macht des Völkerbundes garantieren, dessen Sekretär ein englischer Katholik ist.

Wenn dies erreicht ist, soll der dritte Akt des Dramas beginnen, die Wiederaufrichtung der Monarchie in Großdeutschland. Man hofft, daß bis dahin Sozialismus und Demokratie abgewirtschaftet haben und daß die Mehrheit des deutschen Volkes stürmisch die Rückkehr zur Monarchie verlange. Da die Hohenzollern dann ausgeschlossen seien, so bliebe nur — Habsburg. Die katholischen Staaten des neuen Deutschlands, einschließlich Deutsch-Österreichs, dem der Völkerbund dann die Angliederung an Deutschland erlaubte, wären die Stützen seines Thrones, und der protestantische Teil des Volkes würde sich damit abfinden. Schon wird die Reise Kaiser Karls nach London angekündigt, und zwar auf Einladung König Georgs. Mit Zustimmung des Völkerbundes würde Karl Kaiser und Erzberger Kanzler!

II. Der katholische Völkerbund.

Das katholische Deutschland unter habsburgischem Zepter soll den Kern bilden für eine Neuordnung Europas. Im Osten würde sich der großpolnische Staat anschließen mit Posen, Westpreußen und wohl auch bald Ostpreußen, mit Litauen, Weißrussland und ganz Galizien. Auch seinen Thron soll ein Habsburger besteigen, Erzherzog Stephan.

Der eigentliche Herr wäre natürlich der polnische Jesuiten-general Ledochowski.

Weiter sind Bestrebungen im Gange, die alte österreichische Monarchie wieder herzustellen. „Petrusblätter“ und „Königliche Volkszeitung“ reden schon ganz offen davon. Nieder-Österreich mit Wien gäbe den wirtschaftlichen Mittelpunkt für einen Wirtschaftsbund der Donauländer, d. h.: des Tschechenstaates, des ungarischen, des rumänischen und des kroatisch-slawischen Staates. Auch sie sind weit überwiegend katholisch. Rumänien wenigstens unter katholischer Dynastie. Auch dieser Donaubund soll in Wien eine habsburgische Spitze erhalten.

In Frankreich hofft man bestimmt auf eine katholische Restauration. Die großen französischen Generale Foch, Joffre, Castelnau und andere, sind Zöglinge von Jesuitenschulen. Das Haus Bourbon ist dem Hause Habsburg eng verwandt. Die Kaiserin Jita selbst eine Prinzessin von Bourbon. Damit erhöhe sich im Westen auch eine katholische Monarchie. Belgien ist durch und durch kirchlich soweit es nicht sozialistisch ist.

Die katholische Restauration in Frankreich würde natürlich auf Italien wirken. Der König müßte sich dem Papste, der Quirinal dem Vatikan unterordnen. In Spanien regiert noch der Habsburger-Sohn aus dem Hause Bourbon. Kurz, ganz Mittel- und Westeuropa läge dem Papst zu Füßen. Ja, weit hin in den Osten erstreckt sich sein Einfluß. Die Vereinigten Staaten Europas unter päpstlichem Vorsitz, das ist das Ziel, welches uns die Völkerbundskonferenz in der Schweiz gezeigt hat. Von hier aus gesehen, gewinnt die Arbeit Erzbergers natürlich eine ganz andere Bedeutung als sie sonst hätte.

Mit dem europäischen Völkerbunde aber sind die vatikanischen Pläne keineswegs erschöpft. Jenseits der Meere, in Süd- und Mittelamerika, ist eine mächtig aufblühende neue Staatenwelt spanisch-portugiesischer Zunge und katholischer Konfession. Die führenden Staaten Argentinien, Brasilien, Chile, haben sich unter päpstlicher Vermittlung zum sogenannten A-B-C-Bunde zusammengetan. An diesen Kern sucht nun die päpstliche Diplomatie einen süd-amerikanischen Staat nach dem andern anzugliedern, um das ganze spanisch-portugiesische Amerika bis zur Südgrenze der Vereinigten Staaten in einen einzigen Block zusammenzufassen und diesen sogenannten lateinischen Völkerbund dem katholischen Völkerbund in Europa anzugliedern.

Von Südamerika laufen Fäden hinüber nach Japan, und der Vatikan widmet erhöhte Aufmerksamkeit seinen ostasiatischen Beziehungen. Sie könnten im Falle eines Zusammenstoßes zwischen dem päpstlichen Völkerbund und dem angelsächsischen von Bedeutung werden und das Weltfriedensrichtamt des Papstes verwirklichen helfen.

Weltweite, kühne Pläne, durch allen Wechsel und Wandel zäh festgehalten und ihrer Verwirklichung sich nähernd! Wird es den Angelsachsen gelingen, sich derselben zu erwehren, oder wird die Weltrevolution sie zunichte machen? Gott weiß es und Er entscheidet.

D. Jaeger.

Das englisch-französische Friedensangebot im August 1917.

Über die päpstliche Friedensvermittlung: Im August 1917 sollen in den nächsten Tagen Veröffentlichungen erfolgen. Die „F. Z.“ bringt dazu einen Beitrag, aus dem wir folgendes entnehmen:

Am 30. August 1917 richtete der apostolische Nuntius in München, der Erzbischof von Sarbi, Eugen Pacelli, an den Reichskanzler ein Schreiben. Darin wurde dem Kanzler die bedeutsame Tatsache mitgeteilt, daß die englische Regierung mit ausbräutlicher Zustimmung Frankreichs durch ihren Gesandten am Heiligen Stuhl ein Telegramm hatte überreichen lassen, dessen Abschrift der Nuntius im Auftrage des Kardinalstaatssekretärs Gaspari dem Reichskanzler zugänglich machte. In diesem Telegramm suchte sich die Regierung der beiden Westmächte darüber Gewißheit zu verschaffen:

1. daß Deutschland eine bestimmte Erklärung abgeben wolle über seine Absichten bezug der vollen Unabhängigkeit Belgiens und die Entschädigungen für die in Belgien durch den Krieg verursachten Schäden;

2. welche Garantien Deutschland für die politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit Belgiens gebe.

Der englische Gesandte beim Vatikan hatte sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt und seine Regierung dahin benachrichtigt, daß der Heilige Stuhl die Mitteilung des Telegramms an Deutschland weitergeben und die Antwort der deutschen Regierung zurückvermitteln werde. Es handelte sich also bei dem Schreiben des Münchener Nuntius um eine diplomatische Vermittlungsaktion in aller Form, zu der die englische Regierung im Einverständnis mit der französischen den ersten Schritt getan hat. Die deutliche Absicht des Verbandes war also zu erkennen, im Zusammenhang mit der Friedensresolution des Reichstages zu einer Verständigung zu gelangen. In einer demnächst bei Reimar Hobbing erscheinenden Schrift „Warum mußten wir nach Versailles gehen?“ wird der Wortlaut des Schreibens des päpstlichen Nuntius mitgeteilt werden.

Die „Gefahr des Friedens“ entfesselte nun in Deutschland eine wilde Agitation der Alldeutschen, der es schließlich auch gelang, die Regierung einzuschüchtern. Am 1. September hat im Schloß Bellevue in Berlin ein Kronrat stattgefunden, in dem über die Antwort an den päpstlichen Nuntius beraten wurde, und in dem sich sowohl der Kaiser wie auch der Staatssekretär v. Kühlmann für eine klare Antwort an den Papst und für einen Verzicht auf Belgien aussprachen. Es verdient, in das Gedächtnis zurückgerufen zu werden, daß unmittelbar nach dem Abschluß des Kronrates in alldeutschen Blättern alles versucht wurde, um einen entsprechenden Schritt der Reichsregierung zu verhindern. Die deutschen Zeitungen konnten damals melden, daß die beiden wichtigsten Persönlichkeiten, Hindenburg und Ludendorff, gegen einen solchen Schritt sich ausgesprochen hätten, und gestützt auf diese Mitteilung, haben dann die Alldeutschen alles daran gesetzt, um den Weg zum Frieden abermals zu verbauen. Es ist ihnen gelungen, leider gelungen! Am 24. September richtete der Reichskanzler Michaelis an den päpstlichen Nuntius ein Antwortschreiben, in welchem es noch allgemeinen moralischen Betrachtungen und nach einem Hinweis auf den weiten Abstand zwischen den unter der Voraussetzung einer Niederwerfung des Gegners formulierten Bedingungen der beiden Parteien hieß, die kaiserliche Regierung hoffe — falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigten —, in nicht allzu langer Zeit in der Lage zu sein, dem Nuntius über ihre Absichten und die nötigen Forderungen insbesondere in bezug auf Belgien genau unterrichten zu können.

Die klare Antwort auf die eindeutig gestellte Frage war also nicht in dieser Note des Reichskanzlers Michaelis enthalten; Nebensächlichkeiten, namentlich die Schuldfrage, wurden in den Vordergrund geschoben. Dazu kam, daß am 28. September Michaelis, offenbar stark unter dem Druck der alldeutschen Agitation, die damals ebenso wie später vom großen Hauptquartier aus geführt wurde, die Wirkung seines schwachen Entgegenkommens noch weiter abschwächte. Er vertrat im Hauptausschuß den von den Alldeutschen vertretenen Standpunkt der Faustkampftheorie. Er erklärte, daß Deutschland sich nicht durch eine einseitige Erklärung zu seinen Ungunsten festlegen könne, da der ganze Komplex der im Frieden zu lösenden Probleme nur in seiner Gesamtheit behandelt werden könne.

Da von der konservativen Presse die Nachricht verbreitet worden war, die Reichsleitung sei bereits mit dieser oder jener feindlichen Regierung in Verbindung getreten und habe von vornherein besetzte Gebiete und somit wertvollste Verhandlungsvorteile für kommende Friedensverhandlungen preisgegeben, nahm der Kanzler dazu Stellung und bezeichnete diese Vermutungen mit besonderem Hinweis auf Belgien als unzutreffend. Damit war der Schritt des Papstes gescheitert.

Der Frieden.

Die Kohlenforderungen der Entente.

Die Entente stellte die Forderung auf ungefähr 17 Millionen Tonnen Kohlen, deren Lieferung auf zehn Monate verteilt werden soll, so daß auf den Monat deutscherseits 1,7 Millionen Tonnen zu liefern wären. Das Kabinett beschloß sich bereits mit dieser Frage.

Nach „Journal“ wird die deutsche Delegation in Versailles demnächst in das Gebäude der früheren

deutschen Botschaft in Paris überfiedeln. Freiherr v. Persner hat zu diesem Zwecke bereits eine Besichtigung vorgenommen. Vier deutsche Delegierte, die beauftragt sind, die in den besetzten Gebieten beschlagnahmten Werte wieder nach Frankreich zu schaffen, haben sich bereits dort eingerichtet.

Wiedererrichtung unserer alten Zollgrenze.

Die interalliierte Waffenstillstandskommission in Köln hat der deutschen Waffenstillstandskommission in Düsseldorf eine Note des Marshalls Hoch übersandt, des Inhalts, daß die deutschen Zollbehörden im besetzten Gebiet durch die interalliierte Rheinlandskommission angewiesen worden seien, die Zolltruppen auf aus alliierten Ländern eingeführten Waren zu erheben. Diese Anweisung bedeutet eine offizielle Anerkennung unserer alten Zollgrenze gegenüber Belgien und Frankreich und bezieht sich auf die Beziehung die unterschiedliche Behandlung zwischen deutschem besetzten und unbesetztem Gebiet.

Bethmanns Anerbieten abgelehnt.

Der Oberste Rat, der sich mit Herrn v. Bethmann-Hollweges Anerbieten, an Stelle des früheren Kaisers vor Gericht zu erscheinen, befaßte, lehnte es, wie verlautet, bestimmt ab, dieses Anerbieten in Erwägung zu ziehen.

Amerikanischer Milliardenkredit für Deutschland.

Das holländische Blatt „Het Volk“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß in Amerika von dem Bankhaus Morgan ein großer Kredit für Deutschland abgeschlossen wird. Er wird mindestens einige hundert Millionen Dollar, wahrscheinlich aber viel mehr betragen.

Aufhebung der Internierung in Amerika.

Neuer meldet aus Washington, daß die in den Vereinigten Staaten internierten deutschen und österreichischen Staatsangehörigen in allerhöchster Zeit in Freiheit gesetzt werden sollen, Amerika aber sofort verlassen müssen. Für die deutschen und österreichischen Staatsangehörigen, die weiter in Amerika bleiben wollen, ist die Freilassung erst etwas später zu erwarten, weil noch gewisse Formalitäten erledigt werden müssen.

Die Nationalversammlung.

Beginn der großen politischen Debatten.

Schon zu Beginn der heutigen Sitzung herrschte Hochspannung im Haus. Abgeordnete und Tribünenbesucher waren zahlreich erschienen. Man erwartete ja scharfe Angriffe der Rechten gegen Erzberger und war nicht minder gespannt auf dessen Entgegnung. Doch in der Vormittagsitzung ging es ganz friedlich zu. Zunächst erfolgte die Erledigung der üblichen kleinen Anfragen, dann teilte der Präsident Fehrenbach den Arbeitsplan für die kommende Woche mit. Nach Beendigung der politischen Aussprache soll in der nächsten Woche die Verfassung in dritter Lesung unter Sach und Fach gebracht werden. Dann soll bis zum 5. August eine kleine Pause für das Plenum eintreten, um dann in die erste Lesung der großen Steuervorlagen einzutreten. Nach einer Ferienpause von einem Monat wird dann die Nationalversammlung wieder nach Berlin überfiedeln, da das Reichstagsgebäude inzwischen wieder instand gesetzt ist und auch mit Mächtig auf die finanzielle Lage ein weiteres Verbleiben in Weimar nicht möglich ist.

Inzwischen hatten sich sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts eingefunden, umgeben von einer großen Schar von Regierungskommissaren. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Brauns eröffnete die weitere Aussprache. In der schwersten Stunde der Not hätten Zentrum und Sozialdemokratie sich aus Pflicht und Vaterlandsgefühl zusammengefunden, um durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages das Reich vor dem Zerfall zu bewahren. Die grundsätzlichen Gegensätze zwischen den beiden Regierungsparteien sollten nicht verwischt werden. Das politische Kompromiß zwischen dem Zentrum und Sozialdemokraten sei geschlossen worden, um die dringenden Aufgaben: Verfassung, Steuern und Wiederaufbau Deutschlands durchzuführen. Dr. Brauns rechtfertigte dann unter dem lebhaftesten Widerspruch der Demokraten und der beiden Rechtsparteien die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Der Redner verbreitete sich dann in längerer Darlegung über die innere Politik: mit besonderer Ausführlichkeit ging er auf das Schutzkompromiß ein, das die Möglichkeit biete, an einem neuen Kulturkampf vorbeizukommen, und gleichzeitig die Unterlage für eine friedliche Auseinandersetzung mit geistigen Mitteln und nicht mit Mitteln staatlicher Gewalt.

Nun kam der preussische Landwirtschaftsminister Braun zu Worte, um die Vorwürfe der Deutschnationalen in der Frage der Landarbeiterinterpellation gegen ihn und seine Beamten zurückzuweisen. Hierbei wandte er sich besonders scharf gegen die Tätigkeit des Pommerischen Landbundes, der noch seinen geheim behandelten Sitzungen monarchisch und deutschvölkisch sei und Juden und Katholiken ausschließen wolle. Dieser Bund sei gegen die Landarbeitervereinigungen vorgegangen und habe einen umfangreichen Waffenbeschaffung in die Wege geleitet. Diese Mitteilungen riefen großes Interesse hervor. Nach der Ministerrede trat die Mittagspause ein.

Erzbergers Enthüllungen.

— Weimar, 25. Juli.

Gracies Kullagerede gegen die Revolution.

Die heutige Nachmittagsitzung brachte die mit großer Spannung erwartete Auseinandersetzung zwischen der Rechten und dem Reichsminister Erzberger. Nachdem Frau Dr. Baumer die Stellung der Demokraten zu dem Programm des Ministerpräsidenten dargelegt hatte, ergriff der Abgeordnete von Graefe für die Deutschnationalen das Wort zu einer ausführlichen und heftigen Anklagerede gegen die Revolution und die jetzige Regierung, insbesondere gegen den Minister Erzberger. Die Schuld an dem Zusammenbruch unseres Heeres schob der Redner der Wahlarbeit der Sozialdemokratie zu. Die Revolution habe ihm den letzten Stöß gegeben und auch die Annahme

der sogenannten Waffenstillstandsbedingungen nötig gemacht. Es sei die weltgeschichtliche Lüge gewesen, daß man die vollständige Kapitulation damals dem deutschen Volke als Waffenstillstand frisiert habe. Unter der Maske eines Waffenstillstandes habe man das Volk restlos dem Feinde ausgeliefert. Der Redner suchte alsdann den Vorwurf zurückzuweisen, daß das deutsche Volk diesen traurigsten Frieden der Weltgeschichte den Alldeutschen verdanke, und suchte an Hand von Äußerungen, die führende Männer, insbesondere der jetzige Minister Erzberger, zu Anfang des Krieges gemacht haben, den Nachweis zu erbringen, daß auch die heutigen Gegner der Rechten damals in Wahrheit Annexionisten gewesen seien.

Auf die Enthüllungen des Grafen Wedel, die wirliche Enthüllungen seien, ging der Abgeordnete zunächst nicht ein, hielt aber den Nachweis für gebracht, daß der Minister ihm bekannt gewordene Geheimnisse in einer so schwer schädigenden Weise für das deutsche Volk verwandt habe, daß er unmöglich noch Vertrauen finden könne. Wenn er auch nicht im feindlichen Solde gehandelt habe, so habe er doch so gehandelt, als ob er

im feindlichen Solde

gestanden hätte. (Vangandauernde Unterbrechungen. Ein Teil des Zentrums ruft fortgesetzt: „Psst!“) Der Redner beschästigte sich nunmehr mit den Behauptungen, die gegen die Deutschnationalen anlässlich ihrer Stellungnahme zur Friedensunterzeichnung öffentlich erörtert worden sind. So erfolglos und beschämend die äußere Politik der Revolutionsregierung sei, so sei auch die innere Politik völlig zusammengebrochen. Das abgebrochene Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ habe sich schon lange verwandelt in das Wort: „Freie Bahn dem Geinungstüchtigen — ran an die Butterrippe.“ (Große Unruhe und Lärm bei den Soz., Weisfall rechts.) Der Redner kam schließlich zu dem Ergebnis, der Regierung das Mißtrauen in aller Form auszusprechen.

Erzbergers Verteidigungsrede.

Kaum hatte Abg. v. Graefe geendet, als sofort auch der Reichsfinanzminister Erzberger an der Rednertribüne erschien. Der Minister erklärte, die Regierung werde den Kampf aufnehmen und wolle ihn gegen die Partei des Vorredners mit aller Entschiedenheit und Mächtigstlosigkeit führen im Interesse des deutschen Volkes, denn eine Wiedertehr der deutschnationalen Elemente würde den politischen Ruin des deutschen Vaterlandes für alle Zukunft bedeuten. Der Minister wies dann den Vorwurf zurück, daß er den Weltkrieg propagiert habe. Er habe sich aber zuerst öffentlich von ihm zurückgezogen. Der Abgeordnete v. Graefe habe behauptet, daß die Mehrheitsparteien von Illusion zu Illusion getaumelt seien. In Wirklichkeit seien es die Konservativen und Alldeutschen gewesen, deren machtpolitische Illusionen völlig zusammengebrochen seien. Dann erörterte er im einzelnen

die beiden Friedensschritte der Gegner.

die von der Rechten mit den Militärs beide Male zunächst gemacht worden seien. Der Minister machte hierüber u. a. folgende Angaben:

„Wilson wollte 1916 mit aller Energie den Frieden herbeiführen. Man frage nur den Grafen Bernhoff. Warum wurde Graf Bernhoff nach seiner Rückkehr aus Washington wochenlang nicht zum Vortrag an der höchsten Stelle zugelassen? (Hört, hört!) Das Friedenswort Wilsons wurde sabotiert durch die Erklärung des U-Boot-Krieges. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Oberste Seeresleitung in Verletzung der militärischen Machthaltnisse nicht das richtige Augenmaß gehabt hat zur Wahrnehmung eines günstigen Moments zum Friedensschluß. (Vangandauernde Unterbrechungen rechts.) Das sind Tatsachen, die Sie nicht bestreiten können. Gegenüber den Grafen Wedel halte ich mich aufrecht, daß ich im amtlichen Auftrage in Wien gewesen bin. Der Immediatbericht des Grafen Czernin an den früheren Kaiser Karl. Ich mir jetzt frei zur Verfügung gestellt worden, mit der einzigen Bedingung, über seine Herkunft zu schweigen. Ich fühle mich zur Disziplin verpflichtet und werde den Namen des Überbringers nicht nennen.“

Der Minister wies dann die Behauptung, daß er von Österreich bestochen worden sei, oder im österreichischen Solde stehe oder auf Veranlassung oder auf Institten Österreichs seine Stellungnahme zur Friedensfrage eingenommen habe, als gemeine Lüge und Verleumdung zurück und bezeichnete verschiedene andere Anklagen und Vorwürfe der Deutschnationalen als unwahr, so u. a., daß er von Czernin veranlaßt worden sei, nach Wien zu kommen, um sich dort zu verantworten.

Der Redner kam nun auch auf die Friedensaktion im Jahre 1917 zu sprechen. Vor den bekannten Vorgängen im Reichstage habe er den damaligen Reichskanzler Bethmann-Hollweg wiederholt darauf hingewiesen, daß wir von unseren hochgepannten Kriegszielen zurückgehen müßten auf die Formel vom 4. August, die das deutsche Volk geeinigt habe. Er habe vor allem darauf hingewiesen, wie alle Berechnungen über den U-Boot-Krieg völlig falsch seien. Nachdem der Minister die bekannte Friedensresolution vom Juli 1917 kurz gestreift hatte, kam er auf die Regierung des Reichskanzlers Michaelis zu sprechen, die durch das unglückliche Wort: Wie ich Sie verheiß, ein Verbrechen am deutschen Volke begangen habe. (Vehementer Weisfall.) Am 1. August habe der Reichskanzler seine Rede gehalten mit dem Grundgedanken, daß alle Friedensangebote ausichtslos seien. Er weigerte sich, eine klare Erklärung über die Neutralität Belgiens abzugeben.

Die Erregung im Hause und auf der Tribüne erreichte ihren Höhepunkt, als Erzberger mit seinen Enthüllungen über die

Friedensvermittlungsfaktion des Vatikans

herauskam. „Am 30. August erhielt der Reichskanzler durch den Nuntius ein Schreiben, in dem ein Angebot Englands vorlag, dem die französische Regierung sich anschließen habe. Die kaiserliche Regierung möge sich über die Unabhängigkeit Belgiens erklären und Garantien für politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit des Landes geben. Eine veröhnliche Antwort werde den guten Fortgang der Friedensverhandlungen erleichtern. (Vangandauernde Hört, hört! Linke, große Bewegung.) Das war 1917 eine wohlgegründete, wohlüberlegte Friedensaktion einer neutralen Macht, die wie wenige berufen war, die

Idee der Bölkerversöhnung einzuleiten und es wurde verlangt, lediglich eine präzise Erklärung über Belgien. Was aber geschieht in Berlin? Man würde es nicht für möglich halten: Vier Wochen gibt man den Ministern keine Antwort. (Stürmisches Hört, hört! Linke und im Zentrum.) Ich muß aber noch einen Schritt weitergehen, in einem Schreiben vom 24. 9. wird abgelehnt, eine Erklärung abzugeben. (Stürmisches Hört, hört! Große Unruhe, die sich zum Lärm steigert. Präsident Fehrenbach läutet, vermag aber erst nach längerer Zeit Ruhe zu schaffen.) Im heutigen Stadium, heißt es in der Antwort, sei die Regierung nicht in der Lage, die Erklärung über Belgien und die gewünschten Bürgschaften auszusprechen, weil die Vorbedingungen für Abgabe einer solchen Erklärung noch nicht genügend geklärt seien. (Hört, hört!) Damit war der von England über den Heiligen Stuhl eingeleitete Versuch erledigt.“

In dem Augenblick, wo die Friedensaktion auf dem Höhepunkt stand, wurde die Vaterlandspartei gegründet zu dem Zweck, die Friedensresolution totzuschlagen. Deutschland ist mit offenen Augen in den Tod hineingerannt. Dann kam Ende September der restlose militärische Zusammenbruch. Eine Derselbe nach der anderen lagte nach Berlin. Wenn nicht in kürzester Frist eine Regierung gebildet würde, könne die Front nicht mehr 24 Stunden gehalten werden.

Am 6. November bekam ich den Auftrag, ich habe mich nicht dazu gedrängt, die weiße Fahne am 8. November morgens zu ziehen, also zu kapitulieren, und zwar mit Zustimmung der Obersten Seeresleitung. Der Umsturz in Deutschland soll den Waffenstillstand erzwingen haben, aber Hindenburg despektierte, wenn unsere Forderungen nicht durchzusetzen seien, es sei trotzdem der Waffenstillstand abzuschließen. Die politischen Vorgänge in Deutschland waren nicht entscheidend! Denn die Waffenstillstandsbedingungen waren nicht von hoch, sondern schon vier Wochen vorher von den Alliierten aufgestellt.

Der Zusammenbruch Deutschlands ist nicht durch die Revolution, sondern durch die konstante Täuschung des Militärs bedingt worden! Nicht die Friedensresolution hat die deutsche Widerstandskraft gelähmt, sondern der Zusammenbruch ist erfolgt durch Mangel an innerer und äußerer politischer Einigkeit der Konservativen und der Obersten Seeresleitung.“

Der Rede des Ministers folgte auf der Linken und in der Mitte des Hauses stürmischer, langanhaltender Beifall, der sich auch mit auf die Tribünen fortsetzte. Eine schier unendliche Reihe persönlicher Äußerungen und Gegenäußerungen schloß die aufgeregte Sitzung.

Die Aussprache in Weimar.

— Weimar, 26. Juli.

Essentialer Aufschlag der Rede Erzbergers.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Präsident Fehrenbach einen Antrag des Abg. Löbe (Soz.) mit, die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über den Staatsgerichtshof mit der gegenwärtigen politischen Debatte zu verbinden, die Rede des Herrn Reichsministers Erzberger vom 25. Juli und des Herrn Ministers des Inneren vom 24. Juli auf Kosten des Reiches im deutschen Volke zu verbreiten, alle Protokolle der vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses des Reichstages sowie die der Regierung bekanntgewordenen Dokumente über die Entstehung und Fortführung des Krieges zu veröffentlichen.

Infolge des Widerspruches der Rechtsparteien wurde davon Abstand genommen, die Beratung des Staatsgerichtshofes mit der politischen Aussprache zu verbinden; die Beschlufassung über die Veröffentlichung der Ministerreden und der Dokumente wurde

bis zum Schluß der Aussprache ausgesetzt. Hierauf trat das Haus in die Tagesordnung ein.

Abg. Dr. Hugo (D. W.) verlangte die Einsetzung eines objektiven Ausschusses, der die uns bewegenden Fragen in durchaus objektiver Weise erschöpfte, bestehend aus Historikern unter einem publizistisch gesuchten Juristen, die das Recht haben, alle Auskünfte zu verlangen und jede Erhebung anzuordnen. Kein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, noch ein Staatsgerichtshof könne das leisten, weil ein solcher Ausschuss unparteiisch sein muß und weder Kläger noch Angeklagte kennen dürfe. Eine andere Methode schaffe kein objektives Urteil. (Sehr richtig! rechts.) — Unruhe links. — Abg. Reil ruft: Angst haben Sie! Wenn seine Partei der Regierung das Vertrauen nicht aussprechen könne, so beabsichtige sie nicht, eine negative Politik zu führen.

Nach einer kürzeren sachlichen Entgegnung des Reichsfinanzministers Schmidt auf eine Äußerung seines Vorredners bezüglich der Lösung von Fischdampfern in Altona kam der Fraktionsführer der Unabhängigen Abg. Haase an die Reihe, der sich in längeren Ausführungen mit der Haltung der Unabhängigen in der Unterzeichnungsfrage befaßte. Er verneinte die Behauptung, daß die Unabhängigen die Bestrebungen der deutschen Friedensdelegation von vornherein zunichte gemacht hätten. Auf irgend ein Entgegenkommen von der anderen Seite sei nicht zu rechnen gewesen, es sei ein wesentliches Verdienst der Unabhängigen, daß der Frieden, wenn auch mit Ach und Krach, geschlossen worden sei.

Zur inneren Politik übergehend, forderte der Redner von der Regierung, daß nur die Offiziere bleiben sollen, die auf dem Boden der Republik stehen. Zum Schluß seiner Rede wandte sich Abg. Haase gegen die Judenhege, die zurzeit stärker denn je betrieben werde.

Auch Reichswehrminister Noske, der hierauf zu Worte kam, verurteilte scharf die Antisemitische Hege, weil es bei der Erregbarkeit vieler Menschen und der Geneigtheit zu Gewalttätigkeiten leicht zu Ausschreitungen kommen könne. Jeder antisemitischen Freiberei in der Truppe werde auf das entschiedenste entgegengetreten. Er denke gar nicht daran, sich für einen unnützen Belagerungszustand einzusetzen, aber wenn die Gefolgschaft Haases Deutschland zugrunde richten wolle, dann stelle er das Schicksal des Landes und Volkes höher als allen Spektakel, den die Unabhängigen hier im Hause aufführen.

Nach der Rede des Reichswehrministers, der wiederholt durch heftige Lärmjagen der Unabhängigen unterbrochen wurde, vertagte man die Weiterberatung auf nachmittags 4 Uhr.

In der Nachmittagsitzung kamen die Abg. Eisenberger (Wahr. Bauernbund), der Deutschna-

Die

Der den Angri verfassun nahm der Note P gebnis der händig un sammenge

„Die gien könn drische A dürfe nich käfte alle schäftli herbeigefü größte In diese mitgeteilt, des Vatik Michaelis Heber

wurde vo vereinbart lichkeit zu der Tat de punkt über zu unferen auf einer Das Schr diefer Mi B e w e i s handelte, zu veranla punkt auf grenzen zu

Die a ragenden, lich nahef ganz beson Sondern unte Mi maß obige „B o land sei

a) da b) da c) da d) d nommen

Ich l mann die unbedi dieser erf Verhandl Sicherheit des Runt malige Ab richtet wa durch ihn halb komm wartend Ablauf en Inhalts e

Die Michaelis ziel nicht über der traggeber selbst sagt „Die ben nicht Deutschlan der Angeln der englisch daß seitens gebot geme Nachgeben kommen, Plan zerf nicht woll

zu den G sammt er verfassun daß im Z einen der letzten der Vor schläge scheiterte e ehmaligen ter würite nau Besch

Der k in der M künft des G und den n nennen ih Kaiser R Herrn G berger m künft des

Nach 53 deutsch den, 23 m sind unre bemerken, Trepodob nen. Nach dungen si den“ sämt

und es wurde be-
nicht für möglich
en Minister
t, hört! links und
Schritt weitergehen,
geleht, eine
hört, hört! Große
äsident Behrensdach
Zeit Ruhe zu
e, die Erklärung
schaften auszuipre-
für Abgabe einer
geklärt seien.
ngland über den
igt."
naktion auf dem
ndspartei ge-
tion totzuschlagen,
den Tod hineinge-
restlose militärische
der anderen lagte
ist eine Neuerung
mehr 24 Stunden
rag, ich habe mich
am 8. November
n, und zwar mit
Der Umsturz in
lungen haben, aber
forderungen nicht
Baffenstillstand ab-
Deutschland waren
Standesbedingungen
vier Wochen
st nicht durch die
Friedensresolution
f, sondern der zu-
innerer und äußer-
n und der Ober-
auf der linken
f, langanhaltend
die Tribünen
Reihe verblüff-
en schloß die auf-
Weimar.
r, 26. Juli.
Erzbergers.
ge teilte der Prä-
des Abg. Löbe
Rechtswortes über
gegenwärtigen po-
Reihe des Herrn
6. Juli und des
Jult auf Kosten
verbreiten
ungen des Hau-
die der Regie-
es über die Ent-
es zu veröf-
Rechtsparteien
die Beratung des
in Ausdrucks zu
die Veröffentlichung
Dokumente wurde
geheft. Hierauf
ein.
te die Einsetzung
aus bewegenden
erschöpft, beste-
publizistisch ge-
eben, alle Aus-
ang anzuordnen.
auschluß, noch ein
weil ein solcher
d weder Kläger
andere Methode
richtig! recht!
Angst haben Sie!
es Vertrauen
sichtige sie nicht,
Entgegnung des
auf eine Neube-
Lösung von
Fraktionsführer
die Reihe, der
der Haltung der
rage besaß. Er
nachhängen die
delegation von
Auf irgend ein
Seite sei nicht zu
sicheres Werk ist
wenn auch mit
ei.
ordnete der Red-
Offiziere bleiben
stehen. Zum
a a f gegen die
betrieben werde.
der hierauf zu
emitenhege, weil
und der Geheiß
schreitungen kom-
reiderei in der
entgegengetreten.
en unnützen Be-
enn die Gefolg-
ten wollte, dann
nd Volks höher
en hier im Hause
nisters, der wie-
r Unschämigen
Weiterberatung
nen die Abg.
der Deutschlan-

novaterer Vagabond und der Wehrheitssozialist
zu Wort kam wurde die Weiterberatung auf Mon-
tag vertagt.

Die Erklärung Dr. Michaelis'.

Der ehemalige Reichskanzler Michaelis gibt zu den Angriffen des Ministers Erzberger in der Nationalversammlung vom Freitag eine Erklärung ab. Danach nahm der Kronrat zu der am 30. August überreichten Note Pacellis am 11. September Stellung. Das Ergebnis der Besprechung wurde von dem Kaiser in eigenhändig unterschriebenem Vermert folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die Annexion Belgiens sei bedenklich, Belgien könne wiederhergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar sehr wichtig, und Zeebrügge dürfe nicht in englische Hand fallen. Aber die belgische Küste allein sei nicht zu halten. Es müßte enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Daran habe Belgien selbst das größte Interesse.“

Diese Stellungnahme wurde aber nicht der Kurie mitgeteilt, sondern Michaelis versuchte unter Umgehung des Vatikan mit England in Verbindung zu kommen. Michaelis sagt darüber:

„Ueber die weitere Behandlung des Friedensfühlers wurde von mir mit dem Staatssekretär v. Kühlmann vereinbart, daß durch eine unbedingt geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertriebener Friedensziele, wie sie unzweifelhaft zu unserer Kenntnis gekommen waren, aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthielt nach dieser Richtung hin keine irgendwie überzeugende Beweise. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu entgegenkommender Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen extravagant Standpunkt aufzugeben, und daß dadurch die Verhandlungsgrenzen zu unseren Ungunsten verschoben würden.“

Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär von Kühlmann persönlich nahestehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß obigem Kronrat in der Weise umschrieben:

„Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei das Anerkenntnis:

- a) daß unsere Grenzen intakt blieben,
- b) daß unsere Kolonien zurückgewährt würden,
- c) daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen,
- d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen werde.“

Ich habe in Übereinstimmung mit Erz. v. Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil bei unbedingtster Vertraulichkeit die Verfolgung dieser ersten Friedensmöglichkeiten möglich schien. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie boten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius hatte es sich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir davon unterrichtet war, daß das Schreiben kam. Eine Indiskretion durch ihn mußte aber vor allem verhütet werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur eine Antwort allgemeinen Inhalts erteilt werden.“

Die weitere Entwicklung der Dinge zeigte, daß Michaelis auf dem beschrittenen Wege das Friedensziel nicht erreichen konnte, da sein Verhalten gegenüber der Kurie nicht nur diese sondern auch ihre Auftraggeber enttäuschen und verlegen mußte. Michaelis selbst sagt über die Weiterentwicklung:

„Die Besprechung im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bemächtigten sich der Angelegenheit und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ableugnete, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht sei. Ich habe den Gedanken, unter weitem Nachgeben mit Bezug auf Belgien zum Frieden zu kommen, mit Beharrlichkeit ergriffen. Wenn sich der Plan zerbrach, so lag es daran, daß unsere Feinde nicht wollten.“

Deutsches Reich.

Weitere Enthüllungen bevorstehend.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ bringt zu den Enthüllungen Erzbergers folgende, Aufmerksamkeit erfordernde Sätze: „Wie würde die Nationalversammlung aber erst aufraufen, wenn sie wüßte, daß im Januar 1918 ernst zu nehmende Männer einen dem päpstlichen ähnlichen und nicht einmal letzten Versuch machten, Deutschland zu verschönligen Vorschlägen zu bewegen, und daß dieser Versuch ebenso scheiterte wie die Regelung Benedikts XV.? Ein dem ehemaligen Botskanzler Dr. Payer eng befreundeter württembergischer Abgeordneter wußte darüber genau Bescheid. Wüßte er nicht auch reden?“

Erzbergers Gewährsmann.

Der Wiener Mittag schreibt: Erzberger erklärte in der Nationalversammlung, er werde über die Herkunft des Geheim-Berichts des Grafen Czernin schweigen und den Namen des Ueberbringers nicht nennen. Wir nennen ihn. Es ist der Exkaiser Karl selber. Kaiser Karl selber hat den streng geheimen Bericht Herrn Erzberger übergeben, wie nun Herr Erzberger mitteilt, mit der Verpflichtung, über die Herkunft des Berichtes zu schweigen.

Die versenkte deutsche Flotte.

Nach einer Londoner Meldung konnten von den 53 deutschen Schiffen, die in Scapa Flow versenkt wurden, 23 wieder gehoben werden. Die anderen Schiffe sind unrettbar verloren. — Zu der Nachricht ist zu bemerken, daß sich unter den gehobenen Schiffen nur Torpedobootzerstörer und kleine Kreuzer befinden können. Nach den an amtlicher Stelle vorliegenden Meldungen sind die großen Kriegsschiffe außer der „Baden“ sämtlich verloren.

Die Abschaffung des Adels in Bayern.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat einen bürgerlichen Antrag auf Wiederherstellung der Adelsnamen und entsprechender Berichtigung der Standesbücher bei 14 gegen 14 Stimmen mit Stimm-entscheidung des Vorsitzenden abgelehnt; der Beschluß ist hinfällig, denn in der Reichsverfassung, Art. 108, ist der Adel als Teil des Namens festgelegt worden.

Haub unserer Zeppeleinwerke.

Die Sonderkommission für internationale Luftschiffahrt hat beschlossen, die die internationale Luftschiffahrt regelnde Konvention dem von allen Staaten zu unterzeichnenden Friedensvertrage beizufügen. Die internationale Luftschiffahrt steht im Begriff, einen großen Aufschwung zu nehmen, und man spricht davon, daß die deutschen Verhältnisse für den Bau der Zeppeleinwerke, deren neuester Typus zur Eröffnung des regelmäßigen Verkehrs zwischen Amerika und Europa gewählt wurde, nach Amerika verlegt werden sollen.

Nicht Todesurteile im Prozess Neurung.

Im Neurung-Prozess stellte der Staatsanwalt acht Todesurteile, und zwar beantragte er, die Angeklagten Allner, Schreiber, Merkel, Heynemann, Barisch, Becker, Gottlob und Piehisch schuldig des Mordes zu sprechen.

Die Banknotenabstempelung nur unter Entente-Kontrolle gestattet.

Die „Daily Mail“ meldet aus Paris: Die Alliierten sind der Auffassung, daß die angekündigte Abstempelung der deutschen Wertpapiere eine Finanzmaßnahme der deutschen Regierung darstellt, die nach dem Friedensvertrag der Kontrolle der Alliierten unterliegt. Auch die Erträge einer allgemeinen Vermögensabgabe in Deutschland dürften nach der Auffassung der Alliierten ausschließlich den Anforderungen der Entente auf Schadenersatz dienen.

Entente-Maßnahmen gegen die deutsche Kapitalabwanderung.

Die französischen Befehlungsbehörden haben sich bereit erklärt, der deutschen Regierung behilflich zu sein in der Abfassung solcher Personen, die mit großem Vermögen das Reichsgebiet verlassen, um sich der Steuer zu entziehen. Der Pariser „Matin“ schreibt über die Flucht deutscher Millionäre nach Asien, daß die Alliierten entschlossen seien, die Flüchtlinge nach Deutschland zurückzuführen, da durch deren Entfernung die Entschädigungszahlungen oder andere Verpflichtungen Deutschlands beeinträchtigt würden.

— Wie aus Weimar gemeldet wird, hat Dr. Michaelis Hamburg sich entschlossen, das ihm angetragene Unterstaatssekretariat im Reichswirtschaftsministerium abzulehnen.

— Sämtliche deutschen Truppen sind nunmehr aus Litauen zurückgezogen.

— Nachdem die Zensur für Kabelmeldungen aufgehoben worden ist, wurde der funktentelegraphische Verkehr Amerika-Neuen wieder eröffnet.

— Das britische Ministerium für Luftschiffahrt beabsichtigt, eine Mission nach Deutschland zu entsenden, die die Durchführung der Luftschiffahrts-Bestimmungen des Friedensvertrages beaufsichtigen soll.

Staatspräsident und Erzbischof. Der badische Staatspräsident Geiß, bekanntlich Sozialdemokrat, stattete dem Erzbischof von Freiburg bei dessen Anwesenheit in Karlsruhe einen Besuch ab, den der Kirchenfürst bald darauf erwiderte. Die badischen Blätter ziehen daraus den Schluß, daß im Freistaat Baden die beiden Gewalten gemeinsam am Wiederaufbau arbeiten wollen.

Der Landtagspräsident ohne Gehalt. Der Finanz-ausschuß des württembergischen Landtages hat beschlossen, den Landtagspräsidenten Keil (Soz.) zu bitten, seinen Verzicht auf das Präsidentengehalt zurückzunehmen, mit der Begründung, daß sich die Verhältnisse jetzt vollständig gebessert haben.

Verräterische Offiziere? Das nationalistische Pariser Heftblatt „Echo de Paris“ bringt folgende mit größtem Vorbehalt aufzunehmende Meldung aus Washington: An Bord des Transportdampfers „Agamemnon“ trafen in den Vereinigten Staaten zwei deutsche Offiziere ein, die dem Stab des Feldmarschalls Hindenburg angehört haben sollen. Von diesem Posten aus sollen sie die genauen Kriegspläne des Markshalls an General Pershing verraten haben, so daß Pershing „jeweils rechtzeitig die entsprechenden Gegenmaßnahmen veranlassen konnte. Die beiden Offiziere heißen Alfred Schulz, Artillerieoffizier, und Grothe, Fliegeroffizier.

Nach keine Kriegsgefangenen zurückgekehrt. Von zünftiger Seite wird der „Deutschen Tageszeitung“ mitgeteilt, daß alle Meldungen über die Rückkehr deutscher Kriegsgefangenen, die in den Angehörigen die Hoffnung erzeugt und genährt haben, daß das Los unserer in Gefangenschaft schmachtenden Krieger bald beendet sein wird, falsch sind. Bislang ist lediglich eine kleine Zahl Schwerverwundeter zurückgekehrt, die sich in amerikanischen Händen befanden. Auch die Bilder, welche die Ankunft deutscher Kriegsgefangenen darstellten, sind irreführend. Es handelt sich dabei nicht um Kriegsgefangene, sondern um die deutschen Internierten, die in Saloniki zurückgehalten waren. Nach dem Friedensvertrage besteht auch für die Entente erst dann eine Verpflichtung zur Rückführung, sobald der Friedensvertrag durch Ratifizierung dreier Ententemächte in Kraft getreten ist. Das Versprechen, welches Clemenceau Ende Mai der deutschen Delegation gab, bezieht sich lediglich darauf, daß alsbald nach der Unterzeichnung eine Kommission zusammenzutreten sollte, um über die Ausführung der Rückführung zu beraten. Dieses Versprechen hat Clemenceau bisher nicht gehalten, obgleich der deutsche Bevollmächtigte schon seit langem auf die Zusammenfassung der Kommission wartet.

General Dupont gegen die polnischen Mordtaten. Kurz nach dem Eintreffen der polnischen Antwort auf den deutschen Protest gegen die Erschießung von zwei Grenzschutzsoldaten ging bei der Deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Schreiben des französischen Generals Dupont ein: „Bei meiner Rückkehr erfahre ich die Nachricht von der summarischen Hinrichtung der beiden deutschen Sol-

daten durch die Polen. Ich finde keine Erklärungen für diese Handlungsweise, die ich nicht qualifizieren kann, ebensowenig wie das Protokoll des Urteils und der Hinrichtung. Ich entfende heute noch einen Offizier nach Polen, um dort die Schriftstücke und ein Gutachter zu verlangen, hinsichtlich der Sühne, die diese Einrichtung bedingt.“

Rundschau im Auslande.

Oesterreich: Rücktritt des österreichischen Außenministers.

Der österreichische Staatssekretär des Aeußeren, Dr. Bauer, ist von seinem Amte zurückgetreten. Bauer ging von der Erwägung aus, daß seine Person nur noch eine Erschwerung jener Politik sein könnte, die jetzt notwendig und geboten zu sein scheint. Er habe gehofft, Italiens Unterstützung für die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche zu erhalten, seinen Schutz gegen die Ansprüche der slawischen Nachbarn auf deutsches Gebiet zu gewinnen und in freundschaftlicher Auseinandersetzung mit ihm eine für beide Teile annehmbare Lösung der Frage in Deutsch-Südtirol zu finden. Italien habe sich jedoch gewiegert, in Verhandlungen einzutreten, welche die vollständige Souveränität Italiens über das obere Etschthal in Frage stellen würde. Außerdem könne er nicht hoffen, bei den französischen Machthabern Vertrauen zu finden. Bauer hat bekanntlich durch sein offenes Eintreten für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die Deutsche Republik das Mißfallen der Entente erregt. Der Hauptaschluß der österreichischen Nationalversammlung beschloß, dem Plenum vorzuschlagen, daß Staatskanzler Renner mit der Leitung des Staatsamtes des Aeußeren betraut werde.

Finnland: Die Präsidentenwahl in Finnland.

Der finnische Landtag hat Prof. Ståhlberg mit 143 Stimmen gegen 50 Stimmen, die auf Mannerheim fielen, zum Präsidenten von Finnland gewählt. Ståhlberg ist der Vertrauensmann der Entente.

Frankreich: Die Angst vor der deutschen Konkurrenz.

Die französische Kammer verhandelte die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Clauzel über Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um die französische Industrie vor der Einfuhr deutscher Waren zu schützen und um dadurch gleichzeitig der französischen arbeitenden Klasse Schutz gegen die Arbeitslosigkeit anzubieten zu lassen. Der Abgeordnete wandte sich hauptsächlich gegen die Einfuhr von Solinger Artikeln, die um 300 Proz. billiger seien als französische gleichartige Produkte, sowie gegen die Einfuhr von Fahrrädern und photographischen Apparaten. Der Handelsminister Clémentel erklärte, daß während des Waffenstillstandes Waren aus dem besetzten Gebiet eingeschmuggelt wurden, daß er aber die freie Konkurrenz nicht ganz unterbinden könne. Er werde aber Maßnahmen treffen, um das Gleichgewicht zwischen den Produkten der deutschen und der französischen Industrie herzustellen. Clémentel gab schließlich der französischen Industrie den Rat, ihre Herstellungsmethoden zu modernisieren und zu verbessern.

England: Der englische Bergarbeiterstreik beendet.

Nach einer Unterredung des Ausschusses der Grubenarbeiter-Vereinigung mit Lord George kam die Einigung über den Regierungsvorschlag zustande. Die Grubenarbeiter-Vereinigung erklärt einen Aufruf zu sofortiger Aufnahme der Arbeit. Infolge der Beilegung des Streiks ist das Kohlenausfuhrverbot aufgehoben worden.

Bulgarien: Blutige Zusammenstöße zwischen Bulgaren und Franzosen.

Die französische Depeschagentur Havas meldet, daß in den letzten Tagen, als ein französisches Regiment bei Kom-Balanka landete, die Franzosen von den Bulgaren angegriffen wurden. Es entspann sich ein über drei Stunden dauerndes Feuergefecht, bei welchem vier Franzosen getötet und zwei verwundet wurden. Die bulgarischen Verluste sind unbekannt.

Kirche, Schule und Mission.

Wp. Der Kongreß für Innere Mission (38.) findet in diesem Jahre auf westfälischem Boden, und zwar vom 21. bis 25. September in Bielefeld statt. Hervorragende Kenner aus den verschiedensten Gebieten der Liebestätigkeit in Deutschland halten die Hauptvorträge, daneben sind eine Reihe von Volksversammlungen vorgesehen. Die Einzelheiten der 3. It. im Zentralausschuß Berlin in Arbeit befindlichen Tagesordnung werden in Kürze veröffentlicht werden. Gleichzeitig veranstalten wie üblich zahlreiche Sonderverbände, darunter auch der Westfälische Preiserverband Tagungen. Auf seiner für den 24. September angesetzten Jahresversammlung wird im Anschluß an einen Vortrag von Gymnasialdirektor Hafenclever-Schwelm über Volksbildung und Volkshochschulen verhandelt werden, für deren Förderung sich der Verband besonders einsetzt; außerdem über „Volkskirche und Presse“ (Direktor Hinderer-Berlin). — Angesichts der gewaltigen und vielfach ganz neuen Aufgaben, die die jetzige Zeit und insbesondere die Neuordnung in Staat und Kirche der gesamten Wohlfahrtsarbeit in Deutschland, vor allem in unserem Westen stellt, wird der Zustrom der Teilnehmer aus Reich und Provinz sehr stark sein. Es sei schon jetzt auf die Veranstaltungen hingewiesen.

Die Allg. Evg.-Luth. Konferenz gedenkt trotz der Ungunst der Verhältnisse auch in diesem Jahre eine Haupttagung abzuhalten; sie soll in der zweiten Septemberwoche, vom 8. bis 11. 9., stattfinden. Als Ort hat man im Hinblick auf die 400 jährige Wiederkehr der Tage der Leipziger Disputation für diese 16. Haupttagung Leipzig gewählt. In den Verhandlungen der Konferenz, deren Leitung in der Hand ihres Vorsitzenden Geheimrat D. Jhmels liegt, werden aus diesmal wieder führende Männer der luth. Kirche zu Wort kommen und zu den brennenden kirchlichen Tagesfragen Stellung nehmen. Näheres wird noch bekannt gegeben, sowie Referenten und Thematn endgültig feststehen. Es können jedoch alle, die an der Tagung teilzunehmen gedenken, schon jetzt Anfragen aller Art, insbesondere aber bezüglich des Wohnens der Konferenzteilnehmer in Leipzig, richten an das Sekretariat der Allg. Ev.-Luth. Konferenz, Leipzig-Gohlis, Postenweg 5. Diese Stelle ist überhaupt jederzeit gern bereit, allen, die sich für das Einigungswerk der Allg. Ev.-Luth. Konferenz interessieren, Auskunft über Wesen und Ziel dieser Organisation zu geben.

Deutscher Evangelischer Kirchentag.

epd. Zur Vorbereitung des ersten Deutschen Evangelischen Kirchentags, der vom 2.—5. September in Dresden

abgehalten wird, fanden dieser Tage daselbst Beratungen statt. Die Verhandlungen, zu denen 320 Delegierte aus allen deutschen Kirchengebieten erwartet werden, werden im großen Saal des Evangelischen Vereinshauses stattfinden.

epd. Der Bund deutscher Jugendvereine veranstaltet nach langer Kriegspause wiederum ein Bundesfest vom 28. bis 30. September in Magdeburg. Auf dem Volksabend am 28. hält der Bundesvorsitzende Prof. D. Raumann-Weipzig die Festansprache. Während der Tagung werden u. a. sprechen P. Weiser-Altenburg über Politik und Erziehung, Liz. Siegmund-Schulke, Direktor des Berliner Jugendamtes, über „Arbeiter-Jugend“, Frau P. Geibel-Apollensdorf und Pfarrer Engelhardt-Hamburg über „Mädchenvereinsarbeit“.

wp. Ein sozialer Vöhrang wird vom Westfälisch-rheinischen Verband evang. Arbeitervereine vom 5.-7. August zu Essen (Kaiser-Wilhelm-Redeheim) veranstaltet. Aus der Reihe der Vorträge sind als besonders bemerkenswert zu nennen: Einigung der Berufsstände als Grundlage des neuen Staates (Dr. jur. Herrfahrdt-Bonn); Weltpolitik vor, in und nach dem Kriege (Studiendirektor D. Jaeger-Bielefeld); Volkshochschule und Arbeitervereine (Dir. P. Limberg-Essen); Ev. soz. Bewegung der letzten 100 Jahre (D. theol. Weber-Bonn); Versicherungsarbeit und Sicherstellung der Arbeiter-Sekretariate (Arb.-Sekr. Kieper und Hein). Der Vöhrang bietet wie seine stark besuchten Vorgänger eine günstige Gelegenheit zur Einführung in wichtige zeitgemäße soziale Gegenstände. Anmeldungen sind erbeten an Kaufmann Fr. Kötzel-Essen.

Verschiedenes.

„Oberriesen durch Elektrizitätsstreik lahmgelegt. Infolge des Streiks der beiden elektrischen Zentralen in Gzorgow und Jaborze ist seit Freitag Abend jeglicher Verkehr in Oberriesen stillgelegt. Der Straßenbahnverkehr in ganz Oberriesen ruht vollkommen. Die meisten Gasthäuser sind geschlossen. Die Straßen Oberriesens liegen vollkommen im Dunkeln. Sämtliche oberriesische Zeitungen sind am Erscheinen verhindert. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß die Arbeit bald wieder aufgenommen wird. Die Streikenden fordern eine 10 prozentige Lohnsteigerung. Wiedereinstellung verschiedener entlassener Leute, Abweisung eines Direktors, sofortige Bewilligung eines Kohlendepots und eines Wohnungsgeldzuschusses.

„Großer Ernteschaden in den Ostprovinzen. Infolge der anhaltenden Regenperiode von nun schon über drei Wochen hat das Wintergetreide in den Ostprovinzen sehr gelitten. Das Getreide, welches noch grün ausbleibt, aber volle Ähren und lange Halme aufweist und eine außerordentlich gute Ernte verspricht, hat sich vollständig gelagert und beginnt bereits auszuwachsen. Die Kornfelder sehen wie gewalzt aus. Auch das Sommergetreide leidet schon sehr unter der Wässe des Bodens. Noch trauriger sieht es mit den Kartoffelfeldern aus. Die Frühkartoffeln, namentlich in der Weichselniederung, stehen im Wasser und faulen, ebenso weite Gemüsegärten. Die Heuernte ist sehr schlecht ausgefallen. Das Heu auf der fruchtbaren Weidenwiese ist verfault oder wird vom überflutenden Wasser weggeschwemmt.

„Erschossene Pferde. In Lindenthal bei Graudenz wurde in einem Kampfe mit einer bewaffneten Kavallerie, die Pferde stehlen wollte, ein Kavallerist von Grenzsicherheitspolizei erschossen, einer verwundet. Ein Soldat erlitt durch Bauchschuß schwere Verwundung.

„Gegen die Kohlennot in Sachsen. Um die Kohlennot für den Hausbrand zu mildern, ordnete die sächsische Regierung an, daß auf jedem Hektar der sächsischen Staatswaldungen 5-6 Raummeter Brennholz geschlagen werden, und daß in Fällen dringender Not ganze Waldbestände für die Gewinnung von Brennholz an die Gemeinden abgegeben sind.

„Die Unruhen in Steiermark. Bedeutende Mengen von kaiserlichem Militär haben Marburg besetzt, so daß der Widerstand der kroatischen Garnisonstruppen unmöglich wurde. Die Kroaten und Verbundenen, die auf der Draubridge und auf den Hauptplätzen herumlagen, wurden in die Drau geworfen. Eine Reihe von Gebäuden, darunter das Rathaus, weisen schwere Beschädigungen durch Gewehr- und Artilleriefeuer auf. Drei Kompanien Infanterie und zwei Schwadronen Dragoner, durchweg Kroaten, haben die Munitionsvorräte geplündert und sind mit ihrer Ausrüstung desertiert.

„Belagerungszustand über New-York. Ueber New York wurde der Belagerungszustand verhängt. Es wird angenommen, daß diese Maßregel zur Unterdrückung des Hafenarbeiterstreiks getroffen wurde. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ wurde auch über verbliebene Teile der östlichen Union der Kriegszustand verhängt. Tausende von Soldaten und Matrosen, welche aus dem Dienst entlassen wurden, durchziehen vielfach plündernd, die Dörfer und Städte und verlegen die Bevölkerung in die größte Unruhe. Die Regierung hat scharfe Maßnahmen gegen diese Ausschreitungen angeordnet.

Lebensmittelverkauf im Landkreis Bielefeld

vom 27. Juli bis 2. August 1919.

Frühkartoffeln.

An sämtliche Kartoffelverbraucherberechtigte werden in dieser Woche gegen Abgabe der Marke 2 der Frühkartoffelkarte pro Kopf 4 Pfund Frühkartoffeln, das Pfund zu 15 Pfennig abgegeben. Der Tag der Ausgabe wird von Herrn Gemeindevorsteher in ortsüblicher Weise bekannt gegeben.

Bielefeld, den 28. Juli 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Local- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 29. Juli 1919.

Bei der nächsten Ausgabe der Lebensmittelkarten vom 28. 7. bis 3. 8. 1919 werden außer den Brotbüchern, Lebensmitteln, Milch- und Fleischkarten folgende weitere Karten ausgegeben: an alle Personen 1 zweite Lebensmittelkarte, 1 Einfuhrzulasskarte, 1 Kartoffelkarte, 1 Seifenkarte, außerdem: 3 Marken über je 100 Gramm Kakao oder Schokolade, für Kinder im 1. Lebensjahre, 3 Marken für je 100 Gramm Kakao für Kinder im 2. und 3. Lebensjahre, für sämtliche Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre und über 70 Jahre alte Personen 2 Marken über je 250 Gramm Kindergersteneis.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Marken sofort an Ort und Stelle nachzuprüfen sind. Spätere Beanstandungen können nicht berücksichtigt werden. Die Brotbücher und Lebensmittelkarten werden nur an erwachsene Familienangehörige verabsolgt. — Die auf Seite 2 des Brotbuchumschlages angegebenen Ausgabezeiten sind streng einzuhalten. Eine Abfertigung zu einer anderen Zeit kann nicht stattfinden.

Die städtische Futtermittelverteilungsstelle, Herforderstraße 4, gibt an die hiesigen Hühnerhalter am Dienstag, den 29. und Mittwoch, den 30. d. M., vormittags von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-5 Uhr, für jedes Huhn 5 Pfund Geflügelfutter ab, solange der Vorrat reicht. Preis für 1 Pfund 45 Pfg.

Wichtig für Rentenempfänger. Die Invalidenrenten werden am 1. August, die Heeresrenten am 29. Juli in der Postkammer des Postamts I gezahlt. Es sind 4 Zahlstellen eingerichtet, damit die Rentenempfänger schnell abgefertigt werden können. Die an diesen Tagen nicht abgehobenen Renten werden dann nur noch in der Zeit von 8-12 Uhr vormittags am Auskunftsschalter im Hauptgebäude gezahlt. Auszahlungen finden überhaupt nicht statt: Von Militärrenten von 25. bis 28. Juli, von Invalidenrenten vom 25. bis 31. Juli.

Mindest-Nachensberger gemeinnützige Rechtsanwaltsstelle. In dieser Woche sind Sprechstunden in Brale bei Gastwirt Segeler, am Montag von 10-11 Uhr; in Milse am Montag im Milse-Krug, von 11-12 Uhr; in Ummeln am Dienstag im Gemeindehaus, von 11-12 Uhr; in Bersmold im Donnerstag bei Gastwirt Witte, Trümpferstr., von 1-2 Uhr; in Gütersloh am Montag im Vereinshaus, Marktstr., von 5-6 Uhr; in der Geflügelstraße in Bielefeld, an der Bülowstr., täglich von 9-12 Uhr und 3-6 Uhr.

Erinnerung an wichtige Arbeiten. Gemüsegarten: Ende dieses Monats ist noch eine recht umfangreiche Aussaat von frühen Kohlsorten für den Herbst- und Winterbrauch vorzunehmen. Wieder Buschbohnen legen. Frühwürstchen, Kohlrabi, Mörtel- und Salat pflanzen. Dem Ueberständigen werden von Gemüsegärtnern immer durch rechtzeitiges Verstopfen begegnet. Auch und Sellerie etwas anhäufeln, dann jauchen. Von den Wurzelgemüsen werden die Rüben ferngehalten. — Obstgärten: Erdbeeren abräumen. Obststangen auf die Bäume legen. Das mäßige Obst täglich auflesen; wer es nicht verwerten kann, soll es gleich tief in die Erde graben. Topfobst nachdüngen. Mit der Ernte der Obstbäume fortfahren. Baumstümpfe in Ordnung bringen. — Blumengärten: Rosen bereinigen. Die Obstzweige gleich nach dem Abschneiden entblättern. Von allerlei Topfgewächsen, Rosen, Efeu, Koniferen, Buchsbaum usw. Stecklinge machen. Noch Nellen absäen. Im Freien ausgepflanzte, für den kommenden Winter bestimmter Treibhäuser wird jetzt in Töpfe gesetzt. — „Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau“ in Frankfurt a. Oder sendet an alle, die Rat und Anregung in Gartenbaufragen suchen, kostenfrei Probenummern.

Die Auszahlung der Renten durch Postanweisung. Der Kassenführer-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände hatte an das Reichsarbeitsamt, an das Preussische Kriegsministerium und an das Reichspostministerium eine Eingabe gerichtet, künftighin die Renten der Kriegsgeschädigten, der Kriegserbten und der Hinterbliebenen sowie die Renten aus der Sozialversicherung den Rentenempfängern direkt durch Postanweisung auszahlen zu lassen. Darauf ist nachstehende Antwort des Kriegsministeriums eingegangen: Die Auszahlung der Militärversorgungsbeträge an alle Empfänger durch Briefträger hat sich aus posttechnischen Gründen leider nicht ermöglichen lassen. Das gedachte Verfahren soll aber künftighin auf diejenigen Empfänger von Militärversorgungsbeträgen in den Ortsbestellbezirken Anwendung finden, welche der zuständigen Postanstalt durch eine Bescheinigung der Ortsbehörde, der amtlichen Fürsorgebehörde oder der Polizeibehörde nachweisen, daß infolge schwerer Kriegsbeschädigung, insbesondere wegen Verwundung oder aus sonstigen zwingenden Gründen ihre Versorgungsbeträge von der Postanstalt nicht selbst abholen und auch durch Familienangehörige nicht abholen können.

Letzte Nachrichten.

Rein Freigeleit für Hindenburg.

Nach das Anerbieten des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, für den Kaiser die Verantwortung zu übernehmen, hat die Entente abgelehnt, indem sie gleichzeitig die Motive, die ihn zu diesem Schritt veranlaßten, anerkennt. Dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg wurde mitgeteilt, er könne vor dem Gerichtshof Zeugnis ablegen, wenn er wolle, aber ein Freigeleit könne ihm hierfür nicht zugesichert werden.

Hoch besteht auf der Million.

Bekanntlich ist von deutscher Seite die Forderung des französischen Marschalls Foch, durch die wegen der in Berlin erfolgten Ermordung des Sergeanten Manheim der Stadt Berlin eine Kontribution von einer Million Mark auferlegt wurde, abgelehnt worden. Nunmehr ist auf die deutsche Ablehnung die Antwort des Marschalls Foch eingegangen, die auf der Forderung der Zahlung von einer Million besteht. Auf deutscher Seite wurde der Standpunkt, daß eine solche Forderung den völkerrechtlichen Grundsätzen nicht widerspricht, bereits in der Antwortnote an Foch vertreten. Eine Anerkennung des Rechtes des Marschalls, diese Forderung zu stellen, wird unter keinen Umständen erfolgen.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz.

Am Sonnabend fand in Amsterdam die erste öffentliche Sitzung der Konferenz des Internationalen Gewerkschaftskongresses statt. Der belgische Vertreter warf den deutschen Gewerkschaften vor, sich während des Krieges nicht gegen die Behandlung der belgischen Arbeiter, die Fortschaffung des belgischen Industriematerials gewandt zu haben. Bevor die Belgier mit den Deutschen zusammen einer Organisation beitreten, müßten sich die deutschen Gewerkschaften als mitschuldig mit ihrer Regierung bekennen und ihr Bedauern über das verübte Verbrechen, den Massenmord in Belgien, aussprechen. Auch die österreichischen Gewerkschaften erklärte der Abgeordnete für schuldig.

Eine Hilfsaktion der Deutsch-Amerikaner.

Die Deutsch-Amerikaner hielten in Chicago und in anderen Städten Massenversammlungen ab, um Geld zur Durchführung einer Hilfsaktion für Deutschland und Österreich aufzubringen. Der bekannte Finanzier Speyer erklärte, man müsse mindestens 25 Millionen Dollars zusammenbringen.

23 Schiffe in Scapa Flow gehoben.

Nach einem Bericht aus London konnten bis jetzt von den 53 deutschen Schiffen, die in Scapa Flow versenkt wurden, 23 gehoben werden. Es wird jedenfalls möglich sein, auch den „Hindenburg“ wieder flott zu machen. Die anderen Schiffe sind unrettbar verloren.

Die Möglichkeit neuer Friedensverhandlungen?

Einer Meldung des „Times“ aus Washington zufolge hat Wilson bei den Verhandlungen mit den republikanischen Senatoren nicht verhehlt, daß, falls der Friedensvertrag nicht vorbehaltlos ratifiziert werde, es notwendig sein würde, neue Verhandlungen zu beginnen. Dies würde die Ratifizierung des Vertrages mit Deutschland nicht verhindern; denn es genügt dazu die Unterschrift von drei Entente-Ländern.

Die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Polen ist das Ziel von Verhandlungen, die mit den Polen zur Zeit geführt werden. Einer Danziger Konferenz am 24. Juli folgt eine Berliner Konferenz, die am 29. Juli beginnt. Unter diesen Umständen werden die ersten Vorbereitungen zu einer Wiederaufnahme friedlicher Beziehungen getroffen werden. Der Güterverkehr zwischen Preußen und Polen wurde am Sonnabend, den 26. Juli, aufgenommen, ebenso funktionieren Post und Telegraph wieder.

Mit Unabgängigen wird nicht verhandelt.

Der österreichische Außenminister Bauer ist auf Verlangen der französischen Regierung zurückgetreten. Dies geschah hauptsächlich aus dem Grunde, weil er der Entente zu radikal war. Bauer ist nämlich das, was man in Deutschland einen „Unabhängigen“ nennt, während sein Nachfolger Demner Reichssozialist ist.

„Noch einmal das Schuldkompromiß. Im Laufe des Sonnabends trafen in Weimar die Kultusminister Kompromiß-Stellung zu nehmen. Der preussische Kultusminister Einzelstaaten ein, um noch einmal zu dem Schuldkompromiß Stellung zu nehmen, daß er bei Annahme des Schuldkompromisses von seinem Posten zurücktreten müßte. In parlamentarischen Kreisen hat man das für ausgeschlossen, ebenso daß der Ministerpräsident Hirsch sein Verbleiben im Amte von einer Wiederholung des Schuldkompromisses abhängig mache. Die Deutschdemokraten suchen auf die Verhandlungen insofern Einfluß zu gewinnen, als sie mit neuen Vorschlägen herausrücken, von denen sie annehmen, daß sie bei den beiden Mehrheitsparteien Anklang finden, und daß mit ihnen auch Kultusminister Hantsch einverstanden ist.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraus, Bielefeld. — Druck und Verlag: Druckerei Bielefeld, Bielefeld, 74, Markt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Briefe sind zu richten nach Bielefeld, Schillingstr. 14. Auch, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Sendungen an die Geschäftsstelle: Bielefeld, Schillingstr. 14, Bielefeld. Bielefeld, 7382 Hannover.

Es liegt in Ihrem Interesse bei Bedarf von weiblichem Haus- oder Küchenpersonal im Aufwärts zu inserieren.

Der Maschinenlieferant teilt mir soeben mit, daß die Maschinen Mitte August zum Versand kämen und erfolgt dann die Inbetriebsetzung der Mühle bestimmt Ende August. Ich bitte um gefl. Reservierung der Aufträge. Ölmühle Döpke, Jöllenbeck.

Untersekundaner (16/3), gel. und kräftig, mit Garten- und Bureauarbeit vertraut, sucht für 5-6 Wochen Beschäftigung auf einem Gut gegen freie Station. Gefl. Angeb. an Buchhändler Stamm, Bielefeld 6, Bielefeld.

Beriffene Strämpfe, Wolle, Baumwolle, Seiden, Flachs werden schnellstens repariert bei M. Jungblut, Althändler-Richtr. 20.